

Eine »Arbeiterpartei für Deutsche«? Der Sozialpopulismus der AfD



1. Einleitung: Die AfD – eine »Partei der kleinen Leute«?

»Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.« (AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel im Deutschen Bundestag, 16. Mai 2018)*

* <https://de.reuters.com/article/deutschland-bundestag-afd-idDEKCN11H0QU>

Die Anfang 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) hat sich rasant zu einer Rechtsaußen-Partei entwickelt. Unter dem Ökonomen Bernd Lucke galt sie noch als **»neoliberale Professorenpartei«**. Zahlreiche ihrer Mitglieder waren ältere Herren aus dem Westen der Republik. Thema war vor allem die Kritik am Euro. Längst sieht die Partei aber ganz anders aus: **Gegenwärtig ist die AfD eine radikal rechte Partei.**

Alexander Gauland, neben dem Wirtschaftsprofessor Jörg Meuthen Bundessprecher der Partei, nennt die AfD eine »Partei der kleinen Leute«. Auf ihren Wahlplakaten sind Losungen wie »Sozial, ohne rot zu werden« zu lesen. Björn Höcke von der AfD Thüringen mischt sich in Erfurt unter protestierende Beschäftigte des dortigen Siemens-Werks und lässt sich neben den Transparenten der IG Metall ablichten. Auch wenn Höcke solche Demonstrationen aufgrund von Protesten der Kolleginnen und Kollegen schnell verlassen muss, entstehen so medienwirksame Bilder – und die Provokationsstrategie der Partei verfängt.



Provokationen und Angriffe der AfD richten sich zuletzt auch **gegen den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften**. Der AfD-Mann Guido Reil, der sich immer gerne als der gestandene Bergmann aus dem Ruhrpott präsentiert und 2019 ins Europaparlament eingezogen ist, kündigte sogar die Gründung eigener Gewerkschaften an, die ausdrücklich eine **»Alternative« zum DGB** sein sollen. Daraus ist bis heute nichts geworden, aber die Richtung ist klar.

Ein weiteres Beispiel für die gegen die Einheitsgewerkschaft gerichtete Strategie ist die Kampagne »Werde Betriebsrat«, die im November 2017 initiiert wurde. Damals wurden medienwirksam Kandidatenlisten zu den Betriebsratswahlen 2018 angekündigt. Die Medien sprangen auf diese Ankündigung an und berichteten ausführlich – wirkliche Wahlerfolge aber konnten die Rechten nicht erzielen. Einige wenige Betriebsratsmandate gingen an solche »alternativen« Listen. Trotzdem sind **rechte »Arbeitnehmervereinigungen«** wie »Zentrum Automobil« im Internet sehr präsent und geben sich den Anschein, als seien sie eine Gewerkschaft. Auch die Betriebe stehen also im Visier der alten und neuen Rechten, die Losungen wie »Alle Räder stehen still, wenn der blaue Arm es will« anstimmen. Das Ziel ist die Spaltung der Einheitsgewerkschaft. Das Mittel dazu ist die Gründung »blauer« rechter Gewerkschaften.

Dabei klappt zwischen der sozialpolitischen Rhetorik und der Wirklichkeit eine große Lücke. Immer wieder wurde und wird von der AfD ein **»Sozialparteitag«** angekündigt – und dann doch wieder **verschoben**. Schon Mitte 2018 war dieser Parteitag erwartet worden, im Sommer 2019 wurde er wieder um ein Jahr aufgeschoben. Das hilft der AfD aus einer Klemme: Die Positionen innerhalb der Partei gehen weit auseinander. **So muss man sich nicht festlegen und kann alle Richtungen gleichermaßen bedienen.** In Zukunftsfragen wie der Rente bietet die AfD nämlich gleich ein ganzes Sammelsurium sich widersprechender Konzepte an. Und zu zentralen Themen wie Mitbestimmung oder Tarifbindung findet sich in der Programmatik der AfD so gut wie gar nichts.

Sozialpolitisch bleiben neben der Fixierung auf Feindbilder vor allem wolkige Formulierungen und inhaltsleere Appelle, selten aber konkrete Forderungen. Es gibt also gute Gründe, einen kritischen Blick auf den vermeintlichen »Sozialpatriotismus« und die damit verbundenen Forderungen der AfD zu werfen.

»Arbeitnehmervereinigungen« der AfD:

Innerhalb der AfD wurden sog. »Arbeitnehmervereinigungen« gegründet, die klingende Titel wie Aida (Arbeitnehmer in der AfD) oder ALARM (Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland) tragen. In der Öffentlichkeit sind diese aber fast unsichtbar und haben trotz der vollmundigen Rhetorik in erster Linie meist nur eine Alibi-Funktion. AfD-nahe Gruppierungen wie »Zentrum Automobil« treten ebenfalls als Gewerkschaft auf, sind aber eigentlich ein Verein. Ihnen fehlen Kampfkraft und Tariffähigkeit. Sie tragen zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung bei.

2. »Sozialpolitik« als bloße Wahlstrategie?

Im zentralen Strategiepapier »AfD-Manifest 2017« wird deutlich, wie berechnend sich die AfD der sozialen Frage bedient. Dort heißt es: »Bei für die AfD **bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen** (das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhänger*innen der AfD nicht auseinanderdividiert. [...] [So] kann es Differenzen bei Fragen wie Steuergerechtigkeit, Rentenhöhe, Krankenkassenbeiträge, Mietbremsen oder Arbeitslosenversicherung geben. Der politische Gegner, unterstützt von den Medien und Verbänden, wird nichts unversucht lassen, die AfD und ihr Bekenntnis zur ›Sozialen Marktwirtschaft‹ als ›neoliberal‹ zu brandmarken.«¹

Die AfD ist also, wie das hier zitierte Strategiepapier klar zeigt, **in der sozialen Frage gespalten**. Auf der einen Seite finden sich **»marktradikal[e] Fundamentalist*innen«**, die glauben, dass der Markt alles richtet. Andererseits gibt es in der Partei einen **»völkisch-nationalistischen Flügel«**, der sich an Personen richtet, die »sich von der Globalisierung und der zunehmenden internationalen Konkurrenz bedroht fühlen«. Diesen wird dann der »Schutz der Volksgemeinschaft« versprochen.² Die Partei weiß also recht genau, dass man ihr den sozialen Anstrich nicht abkauft. Für die AfD sind letztlich an allem Migrant*innen schuld, und so dienen auch die sozialpolitischen Themen zur Frontstellung gegen Einwander*innen. Bei Strategen wie dem Berliner Landesvorsitzenden Georg Pazderski ist daher die Sorge groß, die AfD könnte wegen ihrer wirtschaftsliberalen Handschrift als reine Privilegienpartei wahrgenommen werden. Die Öffentlichkeit soll bloß nicht merken, dass die versprochenen Wohltaten für das »Volk«, in dessen Namen die AfD doch so laut und gerne spricht, am Ende nur gehobenen Kreisen zukommen sollen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD steckt voller Widersprüche und Schwachstellen – da wird z. B. der Mindestlohn zur Mogelpackung: Während die AfD Brandenburg einen höheren Mindestlohn fordert – wenn auch zahnlos ohne Kontrollen –, ist bemerkenswert, was andere führende AfD-Politiker denken. Zum Beispiel Jörg Meuthen. Der lehnt die aktuellen Regelungen ab: »Denn es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht.« *

* <https://www.welt.de/politik/deutschland/article154181711/AfD-Chef-Meuthen-lobt-Gruenen-Politiker-Palmer.html>

2.1. Mogelpackung Mindestlohn

Die Sorge hat gute Gründe. Denn immer, wenn es jenseits der allgemeinen Appelle bei sozialen Themen konkret wird, zeigt sich die **Inhaltsleere der Populisten**. Ein Beispiel für die angebliche Sozialpolitik der AfD ist die – in der Öffentlichkeit kaum bekannte – **Mindestlohnforderung** der Partei, die sich zum Beispiel im Grundsatzprogramm wiederfindet. Unter Punkt 5.3 heißt es dort knapp: »Mindestlohn beibehalten.«³ Die AfD fordert hier also die Beibehaltung eines Instruments, das parteiintern zuvor vehement abgelehnt wurde. Offenkundig mussten aber Zugeständnisse an die Wünsche der breiten Bevölkerung gemacht werden, damit die Partei nicht immer nur mit interessengeleiteten wirtschaftsliberalen Positionen identifiziert wird. Der »gesetzliche Mindestlohn«, so die AfD, sei »mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden« und korrigiere »im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohneempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer«. Ihr eigentlicher Zweck besteht für die AfD aber vor allem in folgen-

dem Punkt – der Mindestlohn schütze nämlich die Beschäftigten »vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck«.

Hier wird die eigentliche Frontstellung der Partei deutlich: Die **»Massenmigration«** wird für den Lohndruck verantwortlich gemacht – nicht aber die staatlich kaum regulierte Politik jener Arbeitgeber, die ein Interesse an geringer Entlohnung haben, die zudem geltende Standards unterlaufen und etwa verstärkt osteuropäische Beschäftigte unter der Tarifgrenze auf Schlachthöfen oder im Transportwesen beschäftigen.



¹ Georg Pazderski (2016): AfD-Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017 (internes Papier; Hvh. durch die Redaktion).

² Stefan Dietl (2017): Die AfD und die soziale Frage, S. 142.

³ Grundsatzprogramm der AfD, S. 36.



Beispiel Brandenburg: Der gesetzliche Mindestlohn wirkt! Er wurde 2014 eingeführt. In Brandenburg hatte im Jahr 2015 jeder fünfte Beschäftigte mehr Geld in der Tasche als vorher. Ende 2018 kam der DGB in einer Auswertung zu dem Schluss: In Brandenburg profitierten die Beschäftigten in der niedrigsten Leistungsgruppe mit einem Lohnplus von 10,5 Prozent seit Einführung des Mindestlohnes. Dies war ein Anstieg der Löhne von jährlich 2,9 Prozent.⁴ Besonders im Gastgewerbe wirkt der Mindestlohn. Gleichzeitig warnt der DGB vor der Umgehung der Gesetze: Viele Beschäftigte werden um den Mindestlohn betrogen, daher müssen Kontrollen stattfinden, um die Regelungen durchzusetzen.

Was will nun die Brandenburger AfD? Angeblich fordert sie einen höheren Mindestlohn. Der aktuelle Satz sei »viel zu niedrig, um Geringverdienern ein auskömmliches Leben zu ermöglichen.« Über den Bundesrat will man daher den Mindestlohn anheben. Doch es gibt eine Einschränkung dabei: »Wir wollen zudem die Dokumentationspflichten der Arbeitgeber auf ein Mindestmaß reduzieren, um die damit verbundene unnötige Bürokratie zu beseitigen.«⁵ Was heißt das konkret? Man will **gar keinen** Mindestlohn, jedenfalls **keinen kontrollierbaren Anspruch** darauf. Wer die Pflicht der Arbeitgeber, Nachweise zu führen, abschaffen will, öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Der Missbrauch geht zum Beispiel

Was ist der Kern des Sozialpopulismus?

Dort, wo die Rechtspopulisten sozialstaatliche Errungenschaften nicht schleifen oder abräumen wollen, werden diese nicht einfach beibehalten, sondern mit einer neuen Begründung versehen. Es soll quasi ein »völkischer« Sozialanspruch gelten, der zudem die Ursachen wirtschaftspolitischer Konflikte verschleiern – und somit keine soziale Ungleichheit, sondern nur noch Volks(standort)gegensätze kennt.

so: Statt tatsächlich geleisteter acht Stunden Arbeit werden einfach nur fünf Stunden aufgeschrieben und entlohnt. Wer dagegen aufmuckt, fliegt raus. **Ein Mindestlohn ohne Kontrollen ist keiner!**

Ganz ähnlichen »Bürokratieabbau« will die AfD Sachsen. In ihrem »Regierungsprogramm« heißt es zwar ebenfalls, man wolle den Mindestlohn beibehalten. Gleichzeitig schreibt die Partei aber in ihr Programm: »Nahezu alle Unternehmen leiden unter einer Unzahl von nationalen und zunehmend europäischen Vorschriften und Gesetzen, die ihre Tätigkeiten regulieren. Diese Gesetzesflut belastet insbesondere kleinere Unternehmen. Der Staat soll generelle Richtlinien erlassen, auf etwaige Detailregelungen jedoch verzichten. Die AfD will den Unternehmern und Bürgern mehr Eigenverantwortung zugestehen.«⁶

DGB-Position zum Mindestlohn:

»Entgegen aller Unkenrufe ist der Mindestlohn gut für die deutsche Wirtschaft. Die Beschäftigung hat sich seit 2015 positiv entwickelt. Bis April 2019 lag das Plus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland bei 9,5 Prozent seit der Einführung. Allein im Gastgewerbe profitierten gut 20 Prozent direkt vom Mindestlohn. Es gibt einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Waren vor Einführung des Mindestlohns noch sieben Prozent ohne Job, sind es aktuell noch 4,9 Prozent. Von der Einführung haben vier Millionen Beschäftigte unmittelbar profitiert.« (...) »Für den DGB ist eines jedoch klar: Mit der Einführung des Mindestlohns sind nicht alle Probleme verschwunden. Erstens ist der Mindestlohn noch immer zu niedrig. Dieser muss daher Richtung 12 Euro erhöht werden. Zweitens haben »Gute Arbeit« und »Gute Löhne« längst eine europäische Dimension. Die EU braucht endlich verbindliche Mindeststandards auch beim Thema Mindestlohn.«*

* <https://www.dgb.de/themen/++co++438e3964-98da-11e9-9a0f-52540088cada>

⁴ <https://berlin-brandenburg.dgb.de/-/1F0>

⁵ Landtagswahlprogramm der AfD für Brandenburg, S. 19.

⁶ <https://www.afdsachsen.de/wahlen-2019/regierungsprogramm12019.html>

3. Die Rentenmodelle der AfD

Wie gespalten die AfD auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist, zeigt sich an ihren widersprüchlichen Vorstellungen zur Rente.

Inzwischen liegen gleich **mehrere Rentenkonzepte auf dem Tisch, die in komplett unterschiedliche Richtungen gehen und sich nicht unter dem Dach einer einzigen Partei vereinbaren lassen**. Drei davon sollen hier näher angeschaut werden: Das Konzept der AfD Thüringen, das auf rund 51 Seiten eine sogenannte »Produktivitätsrente« befürwortet sowie Jörg Meuthens Ideen für mehr private kapitalgedeckte Vorsorge und die faktische Schwächung der gesetzlichen Rente.⁷ Und dann gibt es noch einzelne Papiere, in denen beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier eine »Volksrente« fordert.

3.1. Markus Frohnmaiers »Volksrente« und Jörg Meuthens »Entschärfung einer tickenden Zeitbombe«

Frohnmaier, der ehemalige Vorsitzende der AfD-nahen Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA), fordert in einem Grundsatzpapier »Wohlstand für den Staatsbürger«⁸ und plädiert für eine »Volksrente nach Schweizer Vorbild«.⁹ Im Zentrum sollte künftig ein **kapitalgedecktes Rentensystem** stehen.

Frohnmaiers Idee von Wohlstand basiert auf Sätzen wie »Von nichts kommt nichts. In einer Marktwirtschaft haben die Klugen, Tüchtigen und Fleißigen am Ende mehr als die Ungeschickten, Trägern und Faulen«. Das verhöhnt alle, die in schlecht bezahlten Berufen ihre (oft körperlich anstrengende) Leistung bringen, später nur eine Aussicht auf eine Armutsrente haben. Ihnen sagt der AfD-Poli-

tiker: Selbst schuld! Ausdrücklich bezieht sich Frohnmaier auf Steve Bannon, den ehemaligen Berater von US-Präsident Donald Trump. Dessen Plädoyer für einen »Wirtschaftsnationalismus« will Frohnmaier auf Deutschland übertragen: »Eines der wichtigsten Ziele des Staates muss deshalb die Stärkung der deutschen Wirtschaft sein«. Eine Stärkung der Einnahmenseite des Staates ist hier aber nicht vorgesehen.

Die von Frohnmaier vorgeschlagene »Volksrente« besteht dabei aus drei Säulen: einer Grundrente, die der Existenzsicherung dienen soll, einer Lebensrente, die durch Anlagen auf dem Kapitalmarkt und staatliche Zuzahlungen gebildet werden soll sowie einer privaten und freiwilligen Zusatzrente.¹⁰ Auffällig ist, dass Frohnmaiers Konzept »deutsche Staatsbürger« und »Ausländer« trennt. Eigentlich soll der Grundrentenbeitrag mit jedem Kind halbiert werden. Allerdings gibt es eine entscheidende Einschränkung: Ausländer sollen stets die vollen Grundrentenbeiträge zahlen, und zwar unabhängig von der Kinderzahl. Nur für deutsche Staatsbürger soll der Mindestbetrag der Grundrente für jedes Beitragsjahr um einen Prozentpunkt angehoben werden. Hier zeigt sich, dass es eine Sozialpolitik der Spaltung ist. Die soziale Frage wird zur Herkunftsfrage, sie wird ethnisiert. Und was hier als »Eigenvorsorge« beworben wird, läuft letztlich nur auf eine Entlastung des Staates hinaus.

O-Ton Jörg Meuthen:

»Es ist nicht klug, ein krankes System immer weiter mästen zu wollen.« (Jörg Meuthen auf dem AfD-Parteitag in Augsburg im Juni 2018)*

* <https://www.blaue-landespost.de/index.php/2018/06/30/politik-muss-verantwortungsethisch-handeln-nicht-gesinnungsethisch/>

Jörg Meuthen wiederum will die »Mündigkeit und Wahlfreiheit der Bürger« stärken, indem die **private und betriebliche Vorsorge mit kapitalgedeckten Modellen** ausgebaut wird.¹¹ Sein Begriff der »bürgerlichen Freiheit« reduziert sich dabei auf die Art der Altersvorsorge, auf die Wahlfreiheit z. B. zwischen Lebensversicherung, Immobilie oder familiärer Unterstützung. Inspiriert vom »japanischen Modell« plädiert er für eine steuerfinanzierte Rente. Diese »steuerfinanzierte Mindestrente« soll dann knapp über der Existenzsicherung liegen.¹² Im Zentrum steht auch hier die individuelle Vorsorge der Arbeitnehmer – und die Entlastung der Arbeitgeber. Sein Ziel hat Meuthen in einem Interview mit der »Welt« klar vorgegeben – er setzt sich dafür ein, das **»umlagefinanzierte System der gesetzlichen Rentenversicherung Schritt für Schritt aufzubauen«**¹³ – die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird dadurch abgeschafft.



⁷ Jörg Meuthen u. a., Ansätze zur Entschärfung einer tickenden Zeitbombe. Eine Rentenkonzeption für die Alternative für Deutschland (internes Papier).

⁸ Markus Frohnmaier, Wohlstand für den Staatsbürger, <http://www.markusfrohnmaier.de/2017/12/13/wohlstand-fuer-den-staatsbuerger/>

⁹ Markus Frohnmaier, <http://www.markusfrohnmaier.de/2018/05/16/grundideen-fuer-eine-volksrente/>

¹⁰ <http://www.markusfrohnmaier.de/2018/05/16/grundideen-fuer-eine-volksrente/>

¹¹ Meuthen, Zeitbombe.

¹² Meuthen, Zeitbombe, S. 18.

¹³ Die Welt, 15.12.2018, S. 4.

Wer profitiert? Mit der Abschaffung des klassischen solidarisch beitragsfinanzierten Rentensystems würde vor allem die **Finanzindustrie** gewinnen. Auch hier würden die Arbeitgeber nicht weiter in die Pflicht genommen, sondern entlastet. Und hat nicht schon die Finanzkrise gezeigt, wie unsicher private Vorsorgemodelle sind; Geldanlagen, die zudem schlechter verzinst werden als die gesetzliche Rente? Mit Recht kann man Meuthens Konzept als »Rentenabschaffungskonzept«¹⁴ bezeichnen.

3.2. Nur für Deutsche? Die »Produktivitätsrente« der AfD Thüringen

Die Ideen aus Björn Höckes Landesverband widersprechen Meuthens und im Kern auch Frohnmaiers Überlegungen in zentralen Punkten. Während Meuthen die »tickende Zeitbombe« auf »sinkende Geburtenraten und steigende Lebenserwartung« zurückführt und damit letztlich suggeriert, dass zu wenige Erwerbstätige für zu viele Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen, betont die AfD Thüringen die Losung »Produktivität schlägt Demographie«. ¹⁵ Die AfD Thüringen bevorzugt eine gesetzliche Rente, in die auch Beamte und Selbstständige einzahlen sollen. Höckes Landesverband will am umlagefinanzierten Versicherungsprinzip festhalten und die »Subventionierung privater Rentenversicherungen« stoppen. ¹⁶ Aber auch hier setzt die AfD auf **Nationalismus** – auch in dieser Variante wären »Ausländer« schlechter gestellt, denn die hier geforderte »Staatsbürgerrente« gilt nicht für Menschen ohne deutschen Pass.

Altersarmut wird in dem Konzept nur dann zum Skandal, wenn sie Deutsche trifft. In der Rentenbroschüre wird eine alte Frau gezeigt, die einen Mülleimer nach Pfandflaschen durchforstet – sie trägt einen Deutschland-Parka. Ignoriert werden diejenigen Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die jahrzehntelang in harten Jobs gearbeitet haben und die aufgrund von »Rationalisierung« und Arbeitsplatzverlagerung besonders ungeschützt arbeiten müssen. **Die AfD interessiert sich nicht für die Wertschätzung der Arbeit, nur die »richtige« nationale Herkunft zählt.**

Zur Umlagefinanzierung kommen in dem Konzept noch die Kinderrente und die sogenannte deutsche »Staatsbürgerrente« hinzu. Das wäre ein Aufschlag, den jeder Rentner erhält, der weniger als 45 Rentenpunkte, aber mindestens 35 Beitragsjahre hat. ¹⁷ Zusammengefasst also: Nach 35 Jahren Berufstätigkeit soll eine abschlagsfreie Staatsbürgerrente gezahlt werden. Rentnerinnen und



Rentner ohne deutschen Pass fallen dabei hinten runter! **Auch hier zeigt sich, dass die AfD Thüringen die Herkunft mehr interessiert als die jahrzehntelange Arbeitsleistung der Versicherten.**

Woher soll das Geld dafür kommen? Für dieses Konzept müssten die Zuschüsse aus Steuergeldern deutlich erhöht werden. Wer aber diese Steuern letztlich aufbringen soll, wenn das Programm der AfD zugleich rigoros auf Steuersenkungen setzt, bleibt unklar. Und wenn im Papier Losungen wie »Gute Löhne ermöglichen gute Renten«¹⁸ zu lesen sind, stellt sich die Frage, wie eine Partei, die den Mindestlohn zunächst bekämpfte, später nicht bezifferte, keine Kontrollen zu dessen Durchsetzung will und auch zur Tarifpolitik wenig zu sagen hat, diese »guten Löhne« denn absichern will. Geschweige denn, wie eine Partei glaubwürdig für den Erhalt der staatlichen Rente eintreten will, wenn ihr Parteivorsitzender Meuthen die Axt gerade an dieses umlagefinanzierte System legt.

Die sozialpopulistische Rhetorik kommt in diesem Konzept beispielhaft zum Ausdruck, wenn es etwa heißt: »Die miserable Lohnentwicklung ist die Ursache der Finanzierungsprobleme unseres Sozialstaates, nicht die demographische Entwicklung«. ¹⁹ Das ist eine originelle Beschwerde für eine Partei, die die Gewerkschaften angreift, keine konkrete Mindestlohnforderung aufstellen kann, auf fast allen Ebenen »deregulieren« und »entbürokratisieren« will und auch ansonsten den Sozialstaat schwächt – und eben nicht stärkt. Im Fazit der Broschüre macht die AfD Thüringen dann noch einmal deutlich, wo der eigentliche Feind steht: »Alternative Gewerkschaften sind dringend notwendig«, heißt es da, »denn die Altgewerkschaften« hätten »mittlerweile mehr mit Politik und sich selbst zu tun als mit der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer«. ²⁰

¹⁴ So Holger Balodis: https://www.aachener-nachrichten.de/politik/holger-balodis-ueber-die-rentenpolitik-von-afd-partei-joerg-meuthen_aid-34419107

¹⁵ Die Produktivitätsrente. Es geht um Wertschätzung. Ein Rentenkonzept der AfD Thüringen, <https://afd-thl.de/rentenpapier/>, S. 17.

¹⁶ AfD Thüringen, S. 39.

¹⁷ AfD Thüringen, S. 31.

¹⁸ AfD Thüringen, S. 48.

¹⁹ AfD Thüringen, S. 51.

²⁰ AfD Thüringen, S. 50.

4. Staatsfinanzen – öffentlicher Kahlschlag durch eine »Obergrenze für Steuern und Abgaben«

Dass die AfD allgemein gegen die Interessen der Arbeitnehmer arbeitet und vor allem die Privilegien der Vermögenden absichern will, zeigt besonders die Forderung nach einer **Steuer- und Abgabenbremse**. Im Grundsatzprogramm heißt es, die Partei wolle »die staatliche Macht über den Bürger begrenzen«. Dazu sei es erforderlich, die »Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren«. Das klingt zunächst positiv – denn wer zahlt schon gerne Steuern oder Abgaben? Deshalb will die Partei eine »verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz«²¹ einführen. Neue Steuern dürfe es nur im Rahmen dieser Obergrenze für Steuern und Abgaben geben.

Ein Punkt ist hier besonders bezeichnend: Die AfD, die sonst lautstark nach Volksentscheiden ruft, will diese Steuer- und Abgabenbremse gleich im Grundgesetz festlegen. Davon profitieren aber vor allem jene, die schon über Vermögen verfügen. Kein Wort findet sich hier darüber, dass durch diesen politischen Schritt weitaus geringere Steuereinnahmen fließen werden – zur Freude derer, die ohnehin schon wenig zahlen. Mit einer Steuer- und Abgabenbremse würde genau diese Privilegiensicherung für Vermögende fortgeschrieben – die öffentlichen Ausgaben müssten aber gekürzt werden. Der Staat soll an die kurze Leine genommen werden. Wie soll aber auf dieser Grundlage effektiv in Schulen oder Straßenbau investiert werden? Letztlich läuft diese Forderung auf Steuergeschenke hinaus – für jene, die über ein großes Vermögen verfügen und ohnehin schon Abschreibungsmöglichkeiten haben.

4.1. Die sozialpopulistische Rhetorik – und die politische Realität

Das Beispiel Steuer- und Abgabenbremse zeigt, was wirklich hinter Losungen wie »Sozial, ohne rot zu werden« steckt: der blaue Dunst des Rechtspopulismus. Und so zieht sich der wirtschaftsliberale Tonfall durch das gesamte Programm – dazu passt, dass die AfD die **»Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen«** will.²² Dabei wird die Vermögensteuer seit rund 20 Jahren nicht mehr erhoben, die Erbschaftsteuer wurde in den letzten Jahren reformiert – zum Vorteil der Unternehmen, denn dort gibt es hohe Freigrenzen für Betriebsvermögen. Ohnehin existieren bei Erbschaften hohe Freibeträge. Auch hier wird die Frage nicht beantwortet, wie der knapp gehaltene Staat denn künftig seine öffentlichen Aufgaben finanzieren will.

Die Reichen sollen also nicht mehr bezahlen, der Staat soll insgesamt auch nicht mehr Geld zur Verfügung haben – wovon sollen die sozialen Wohltaten, die die AfD angeblich verspricht, dann bezahlt werden?

Es geht noch weiter:

► Die AfD will auf »breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen«²³ – ohne zu sagen, dass gerade **Arbeitssicherheit oder Umweltschutz** gar nicht ohne Regulierungen garantiert werden können.



²¹ Grundsatzprogramm, S. 76.

²² Grundsatzprogramm, Kapitel 11.4, S. 75.

²³ Grundsatzprogramm, Kapitel 10.5, S. 68.

- » Die AfD will, dass sich der Staat nicht länger »verzettelt« und seine Aufgaben auf die Gebiete »Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung« konzentriert.²⁴ Wo bleibt dann aber in der Konsequenz das Verfassungsprinzip der **Sozialstaatlichkeit**? **Und wo sind eigentlich klare Positionen der Partei zu Mitbestimmung in den Betrieben oder zur Tarifbindung?**
- » Die AfD hat derzeit jede Menge **Spendenskandale** am Hals. Wie verträgt sich das mit der Forderung nach einer Stärkung der inneren Sicherheit? Wer hat das Schwarzgeld an die Partei weitergereicht und mit welchen Interessen?

4.2. »Sozial«-Politik gegen Migranten?

Immer dort, wo Migration ins Spiel kommt, will die Partei, die sonst der »freien« Marktwirtschaft verpflichtet ist, aber regulieren. Nicht erwähnt wird, dass schon viele Regelungen bestehen, z. B. dass Geflüchtete keinesfalls direkt auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden, sondern für sie im Gegenteil Auflagen und Arbeitsverbote bestehen. Sie sagen, fehlendes Geld für die sozialen Sicherungssysteme könne man aus den Töpfen nehmen, die für Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Es sei Geld, das den Deutschen zusteht. Dabei würden die Beträge nicht einmal für eine Rentenerhöhung ausreichen.

4.3. AfD und Wohnungspolitik

» Die Billiggedflut der Europäischen Zentralbank treibt die Preise und begünstigt Immobilienspekulationen, die unkontrollierte Migration verschärft die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum, unsinnige Öko-Auflagen und erstickende Bürokratie haben den Wohnungsbau unnötig verteuert.« (AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel, Pressemitteilung, 8. April 2019) *

* <https://www.afdbundestag.de/alice-weidel-habeck-fuer-enteignungen-gruene-auf-dem-weg-in-den-betonkommunismus/>

Ähnlich wie bei der Diskussion über sozialpolitische Themen geriert sich die AfD auch in der Wohnungspolitik als Fürsprecherin der nach ihrem Verständnis »Einheimischen«. Dabei geht es den Politikern der AfD nicht nur um Geflüchtete aus Afrika oder dem Nahen Osten. Ein Bundestagsabgeordneter sagte etwa, es sei nicht darauf reagiert worden, dass im Zuge der EU-Osterweiterung und der Arbeitsmarktkrise in Südeuropa vermehrt Menschen aus den dortigen EU-Ländern nach Deutschland gekommen seien, um hier zu leben und zu arbeiten. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit habe die Lage am Wohnungsmarkt verschärft.



Wer macht aber eigentlich die Wohnungspolitik für die AfD? Es sieht aus, als hätte die Partei den Bock zum Gärtner gemacht: Dem Bundestagsausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen gehören drei Vertreter der AfD an: Udo Hemmelgarn, Marc Bernhard und Frank Magnitz. Als stellvertretende Mitglieder hat die AfD ihren Fraktionsvize Tino Chrupalla, Frank Pasemann und Detlev Spangenberg benannt. Zwei der drei Ordentlichen Mitglieder sowie einer der Stellvertreter weisen Bezüge zur Immobilienbranche auf. Hemmelgarn ist seinen biographischen Angaben zufolge seit April 1981 als selbstständiger Kaufmann unter anderem in der Immobilienwirtschaft aktiv. Als »entgeltliche Tätigkeit« neben seinem Mandat nennt er seine Arbeit als Immobilienmakler. Beteiligt ist er an der Hemmelgarn & Schell GbR und an der HuBer Bau GmbH, beide in Harsewinkel ansässig. Magnitz ist Immobilienkaufmann. Beteiligt ist er an der Facility Management Magnitz & Partner GbR in Bremen. Pasemann ist an der Bautech Sanierung UG & Co. KG sowie an der OPM-Verwaltungs UG, beide in Magdeburg, beteiligt.

4.4. Rechte Antworten auf die soziale Frage?

Die Beispiele Mindestlohn, Rente und Staatseinnahmen zeigen, dass die AfD auch in der Sozialpolitik auf Spaltung setzt und aus

²⁴ Grundsatzprogramm, Kapitel 1.2., S. 9.

zwei wirtschaftspolitisch zerstrittenen Flügeln besteht. Diese sind vor allem durch gemeinsame Feindbilder verbunden.

Deutlich werden diese Feindbilder bei Björn Höcke, der eine Antwort auf »die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts« geben will. Diese »soziale Frage« sei, so führte Höcke auf einer Demonstration der AfD Ende April 2016 in Schweinfurt aus, »die Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens nicht von Oben nach Unten, nicht von Jung nach Alt, sondern über die Frage der Verteilung unseres Volksvermögens von innen nach außen«.²⁵

Hier geht es nicht um unterschiedliche soziale Interessen, hier wird das (ethnisch homogen gedachte) »Volk« beschworen. Verteidigt wird das »Volksvermögen« gegen ein »Außen«, das gemäß dieser Logik nicht zuletzt aus den zu Invasoren dämonisierten Flüchtlingen besteht. Das »Außen« kann aber durchaus auch aus global agierenden Kapitalisten bestehen. So kann man gleich auch Verschwörungstheorien gegen »die Deutschen« konstruieren.

Wir sehen: Die AfD beschwört eingängige Feindbilder – das »Außen« der Geflüchteten, ausländische Großkapitalisten (»internationalistische Strippenzieher«) oder eben »die da oben« – womit das Establishment in Kultur und Medien ebenso gemeint sein kann wie die anderen Parteien in Berlin oder die »Bürokraten« der

»EudSSR« in Brüssel. Deutschland, so lautet die völkisch-nationalistische Logik, muss gegen das »Außen« eben nicht nur der industriellen Reservearmee geschützt werden. Zu diesem Schutz dient, wie wir schon gesehen haben, auch die Mindestlohnforderung der AfD. Nicht die soziale Leistung ist hier wichtig – sondern der Schutz vor den »Fremden«.

Und egal, ob die AfD den Euro abschaffen will, den Austritt aus der EU will (»Dexit«) oder die Auflösung des EU-Parlaments fordert – die vielbeschworene (wirtschafts-)politische Kompetenz wird hier nicht sichtbar. Denn wer könnte garantieren, dass eine Rückkehr zur alten Währung nicht mit der drastischen Aufwertung der D-Mark gegenüber den anderen Währungen einhergeht? Deutsche Produkte würden dann im Ausland unmittelbar teurer, ein Rückgang der Exporte, der Wirtschaftsleistung und damit verbundene Arbeitslosigkeit wären die Folge. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die Folgen »unserer« Exporte für die (dadurch verschuldeten) anderen europäischen Länder hier gar nicht zur Sprache kommen – und die Abhängigkeit vom Weltmarkt verschwiegen wird. Es ist dies das alte Lied der deutschen Rechten. Schon Kurt Tucholsky spottete in der »Weltbühne« gegen den Wirtschaftsnationalismus seiner Zeit mit den Worten: »Deutsche, kauft deutsche Zitronen«.²⁶



²⁵ Höcke zitiert nach <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-programm-106.html>

²⁶ Theobald Tiger (d. i. Kurt Tucholsky), Europa, Die Weltbühne, 12. Januar 1932, S.73, im Internet unter <https://www.textlog.de/tucholsky-gedichte-europa.html>

5. Fazit

Offenkundig wirken die Feindbilder der AfD. Und offensichtlich verfängt auch das alltagsnahe Freiheitsversprechen des Wirtschaftsliberalismus, das die einzelnen Bürger von Steuern und Abgaben entlasten will, ohne zu sagen, wer denn letztlich für die öffentlichen Ausgaben aufkommt. Staat und soziale Sicherungssysteme sollen nämlich weitgehend abgeschafft oder auf randständige Aufgaben beschränkt werden.

Die AfD ist in allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine gesplante Partei. Die erneute Verschiebung ihres »Sozialparteitags« macht das auch 2019 wieder überdeutlich. Sicher werden bei den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen weiterhin sozialpatriotische Töne erklingen – deutlich wird aber, dass die Partei immer nur dann wirklich konkret wird, wenn es um die Interessen der Privilegierten geht.

Die AfD will keine Mitbestimmung der Beschäftigten. Im gesamten Grundsatzprogramm findet sich nicht ein einziges Mal eines der Worte »Betriebsrat«, »Mitbestimmung« oder »Betriebsverfassung«. Selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Rechte und Beteiligung einfordern, sind der Partei ein Dorn im Auge. Der einen Fraktion dürfte ein »der Markt wird es schon richten« auch dort genügen – die Kapitalseite bestimmt einseitig. Die andere Fraktion in der AfD ist offenbar nicht allzu weit vom Prinzip »Führer und Gefolgschaft« entfernt. In der Zeit des Nationalsozialismus hatten Beschäftigte nicht einmal das Recht, ohne Erlaubnis von oben den Betrieb zu wechseln; die Löhne legte der »Reichstreuhänder der Arbeit« fest.

Fest steht, dass die Gründung von »alternativen« Scheingewerkschaften die Seite der Lohnabhängigen schwächt und die AfD, der nicht nur die Spenden- und Finanzskandale hinterherrennen, sich gegen die Grundwerte des DGB richtet.

Und diese Grundwerte gehören zum Stamm der Gewerkschaftsbewegung. Auf dem Ordentlichen Bundeskongress im Mai 2018 hat sich der DGB deshalb noch einmal grundsätzlich zu seinen »antifaschistischen Wurzeln« bekannt und dies auch historisch begründet:

»Die Einheitsgewerkschaft ist für uns Verpflichtung aus den Erfahrungen des Dritten Reichs. Aus der Uneinigkeit der Gewerkschaften vor der Machtergreifung Hitlers haben wir unsere Lehren gezogen. Der Antifaschismus ist spätestens seit dem 2. Mai 1933, der faschistischen Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der späteren Enteignung der Gewerkschaften, ureigene Aufgabe der Gewerkschaften und ihrer Jugendorganisationen.«²⁷

Natürlich ist dies eine Provokation für Politiker wie Alexander Gauland, die die NS-Diktatur als »Vogelschiss« verharmlosen.

Der DGB wird konkret:

»Dabei unterstützt der DGB verbündete demokratische, gewaltfreie, antifaschistische Organisationen (z. B. örtliche Bündnisse gegen Rechts), tatkräftig und aus eigener Initiative. Politische Einflussnahme, die diesem Handeln entgegenwirken will, verurteilen wir aufs Schärfste und weisen wir zurück. Wir dürfen uns insbesondere nicht von Nicht-DGB-Gewerkschaften in unserer (antifaschistischen) Arbeit behindern lassen. Deswegen bekennen wir uns insbesondere bei Hetzkampagnen gegen unsere Mitgliedsgewerkschaften zu unseren Kolleginnen und Kollegen.«²⁸

Kein Wunder, dass DGB und Mitgliedsgewerkschaften zum Feindbild der alten und neuen Rechten werden. Der völkische Nationalismus der AfD spaltet – und richtet sich gegen die Grundwerte die Einheitsgewerkschaft, die solidarisch für eine soziale Demokratie eintritt.

Die AfD verfolgt dagegen andere Pläne. Sie vertritt nicht die Interessen der Beschäftigten und Arbeitslosen – vielmehr ist sie eine Privilegienpartei, deren Wirtschafts- und Sozialpolitik faktisch dafür sorgt, dass die »kleinen Leute« klein bleiben.

²⁷ Zit. nach <https://www.dgb.de/themen/++co++7ef1a11c-5501-11e8-ac43-52540088cada>

²⁸ Ebd.

Literatur:

- ▶ Holger Balodis, Dagmar Hühne: Die große Renten-Lüge. Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist. Frankfurt am Main 2017
- ▶ Andrea Becker, Simon Eberhardt, Helmut Kellershohn: Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«: Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster 2019
- ▶ Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges, Gerd Wiegel: Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda. Frankfurt am Main 2018
- ▶ Stefan Dietl: Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«. Münster 2017

Impressum

Redaktion: Richard Gebhardt

Verantwortlich: Annelie Buntenbach

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, VB 04, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Gestaltung: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

Fotos: shutterstock: Foto-berlin.net (Seite 1), 360b (Seite 2), De Visu (Seite 7), LT Photography (Seite 9); CC BY 2.0: caratello (Seite 4), Opposition 24 (Seite 5), Markus Spiske (Seite 6), Steffen Geyer (Seite 8); Heiko von Schrenk (Seite 3)

Stand: Juli 2019